

971 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Nachdruck vom 25. 4. 2002

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich und die Slowakische Republik,
von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem
Gebiete der sozialen Sicherheit zu regeln,
sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke
- a) „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen;
 - b) „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Republik Österreich
die Bundesminister, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a angeführten Rechtsvorschriften betraut sind,
in Bezug auf die Slowakische Republik
die Ministerien, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b angeführten Rechtsvorschriften betraut sind;
 - c) „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
 - d) „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
 - e) „Wohnort“
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
 - f) „Aufenthalt“
den vorübergehenden Aufenthalt;

2

971 der Beilagen

- g) „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten, Beschäftigungszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
- h) „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserstattungen geleistet werden.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
- a) auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - 1. die Krankenversicherung,
 - 2. die Unfallversicherung,
 - 3. die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat,
 - 4. das Arbeitslosengeld;
 - b) auf die slowakischen Rechtsvorschriften über
 - 1. die Krankenversicherung,
 - 2. die Gesundheitsversicherung,
 - 3. die Rentenversicherung mit Ausnahme der Regelungen über die beitragsfreie Berücksichtigung von Beschäftigungen im Ausland,
 - 4. die arbeitsrechtlichen Beziehungen,
 - 5. die Beschäftigung.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstabe a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

- (2) Absatz 1 berührt nicht
- a) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
 - b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
 - c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für slowakische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

Artikel 5

Gebietsgleichstellung

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dürfen Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.

(2) Absatz 1 berührt nicht

- a) die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften,
- b) die Sozialpension, die Ehefrau pension und die Erhöhung der Pension auf Grund der einzigen Einkommensquelle nach den slowakischen Rechtsvorschriften.

ABSCHNITT II

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6

Allgemeine Regelung

(1) Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 7

Besondere Regelungen

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

Artikel 8

Diplomatisches und konsularisches Personal

(1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen und für private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des ande-

ren Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

Artikel 9

Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

ABSCHNITT III

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankheit und Mutterschaft

Artikel 10

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11

Sach- und Geldleistungen

(1) Eine Person, die die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und sich in Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen haben Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wären, wenn ihr Zustand sofort die Gewährung solcher Leistungen erforderlich macht.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, dass der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden.

(3) Im Falle des Absatzes 1 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auch auf österreichische Versicherte und deren Familienangehörigen, die die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllen und sich im Gebiet der Slowakischen Republik aufhalten, entsprechend anzuwenden.

(5) Für die Anwendung des Absatzes 1 gilt als Familienangehöriger nach den slowakischen Rechtsvorschriften der gegenüber der betreffenden Person unterhaltsberechtigter Ehegatte oder unterhaltsberechtigter Kinder unter 25 Jahren.

(6) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, die im Gebiet der Slowakischen Republik wohnen und Schüler oder Studenten nach den österreichischen Rechtsvorschriften sind, wenn sie in das Gebiet der Slowakischen Republik in der Regel täglich, mindestens aber einmal wöchentlich zurückkehren.

Artikel 12

Träger des Aufenthaltsortes

In den Fällen des Artikels 11 werden die Sachleistungen gewährt

in der Republik Österreich
von der für den Aufenthaltsort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,

in der Slowakischen Republik
von der Allgemeinen Gesundheitsversicherungsanstalt oder der nach den slowakischen Rechtsvorschriften bestimmten Einrichtung.

Artikel 13

Kostenerstattung

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger, der die Sachleistungen gewährt hat, die nach Artikel 11 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, dass für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Kapitel 2

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 14

Berufskrankheiten

Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, dass Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

Artikel 15

Entschädigung von Berufskrankheiten

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen mit Ausnahme der Renten im Falle sklerogener Pneumokoniose nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) Im Falle sklerogener Pneumokoniose hat der zuständige Träger jedes Vertragsstaates nur jenen Teil der Rente zu gewähren, der dem Verhältnis der Dauer der nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates nach Artikel 17 Absatz 1 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zur Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten entspricht.

(3) Bezog oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn

geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

(4) Die Gewährung von Leistungen nach Kapitel 3 bleibt unberührt.

Artikel 16

Sach- und Geldleistungen

Für eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat, gelten die Artikel 11 bis 13 entsprechend.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Artikel 17

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

Artikel 18

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Leistung, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch allein auf Grund dieser Versicherungszeiten besteht.

(2) Die in Absatz 1 erster Satz genannten Versicherungszeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches und dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Teil 1

Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften

Artikel 19

Feststellung der Leistungsansprüche

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so hat der zuständige österreichische Träger nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 17 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Leistung hat:

- a) Verlängern nach den österreichischen Rechtsvorschriften Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den slowakischen Rechtsvorschriften.

- b) Die in Tagen ausgedrückten Versicherungszeiten nach den slowakischen Rechtsvorschriften sind in Monate umzurechnen, wobei 30 Tage einem Monat entsprechen; Resttage gelten hiebei als ein ganzer Monat.

Artikel 20

Berechnung der Leistungen

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zur berücksichtigenden Versicherungszeiten sowie unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

- a) Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
- b) Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollenendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
- c) Buchstabe a gilt nicht
 1. hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung,
 2. hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

Teil 2

Leistungen nach den slowakischen Rechtsvorschriften

Artikel 21

Feststellung der Leistungsansprüche und Berechnung der Leistungen

(1) Hat eine Person oder ihre Hinterbliebenen nach den slowakischen Rechtsvorschriften einen Anspruch auf eine Leistung allein auf Grund von Versicherungszeiten, die sie nach den slowakischen Rechtsvorschriften zurückgelegt hat, so hat der slowakische Träger diese Leistung ohne Rücksicht auf die Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu berechnen.

(2) Hat eine Person oder ihre Hinterbliebenen einen Anspruch auf eine Leistung nach den slowakischen Rechtsvorschriften nur unter Berücksichtigung der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten, ist die Leistung wie folgt festzustellen:

- a) Der slowakische Träger hat zunächst festzustellen, ob nach seinen Rechtsvorschriften die betreffende Person unter Berücksichtigung der Zusammenrechnung der Versicherungszeiten die Voraussetzungen für den Leistungsanspruch erfüllt.
- b) Besteht nach Buchstabe a ein Anspruch auf eine Leistung, hat der slowakische Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die der Person zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten nach den slowakischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen wären.
- c) Auf Grund des theoretischen Betrages der Leistung ist vom Träger eine Leistung in der Höhe des Betrags zu berechnen, der dem Verhältnis der nach den slowakischen Rechtsvorschriften tatsächlich zurückgelegten Versicherungszeiten zu der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Gesamtversicherungszeit entspricht.

(3) Kann der slowakische Träger die Höhe der Leistung nur unter Berücksichtigung der nach den slowakischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten berechnen, ist Absatz 2 nicht anzuwenden.

(4) Das durchschnittliche Monatsgehalt, das erforderlich ist, um die Höhe der Leistung festzulegen, ist nach den slowakischen Rechtsvorschriften zu berechnen.

(5) Wird dem Bezieher einer Leistung aus der slowakischen Rentenversicherung gleichzeitig eine Leistung anderer Art aus der österreichischen Sozialversicherung oder nach anderen innerstaatlichen österreichischen Gesetzen gezahlt, hat keine Verminderung der Leistung aus der slowakischen Rentenversicherung wegen Zusammentreffens der Leistungen zu erfolgen.

Kapitel 4 Arbeitslosigkeit

Artikel 22

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens 26 Wochen ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Voraussetzung der Mindestbeschäftigungszeit von 26 Wochen gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung für längere Zeit in Aussicht genommen war, jedoch früher als nach 26 Wochen ohne ihr Verschulden geendet hat, oder welche die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates besitzen, in dem sie die Leistung beantragen.

Artikel 23 Bezugsdauer

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

ABSCHNITT IV VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 24

Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefasst sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlasst. Werden ärztliche Untersuchungen in Durchführung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, werden sie vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes der betreffenden Person zu seinen Lasten veranlasst.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechts-sachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 25

Verbindungsstellen

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den Trägern der Vertragsstaaten, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 26

Befreiung von Steuern und Beglaubigungen

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 27

Datenschutz

(1) Werden personenbezogene Daten auf Grund dieses Abkommens oder der Vereinbarung zu seiner Durchführung zwischen den Behörden oder den Trägern der beiden Vertragsstaaten übermittelt, so gilt für diese Datenübermittlung das Datenschutzrecht des übermittelnden Vertragsstaates. Für jede Weiterleitung sowie für Speicherung, Veränderung und Löschung durch den Empfängerstaat gilt das Datenschutzrecht des Empfängerstaates. Der Empfängerstaat hat dabei bemüht zu sein, im Wesentlichen ein Schutzniveau sicherzustellen, das dem im Einzelfall im übermittelnden Vertragsstaat anwendbaren Schutzniveau entspricht.

(2) Die Verwendung der personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als denen der sozialen Sicherheit darf nur mit dem Einverständnis der betroffenen Person erfolgen.

Artikel 28

Einreichung von Schriftstücken

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zu-

ständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 29

Zahlungsverkehr

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger können Leistungen an Berechtigte im anderen Vertragsstaat mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 30

Vollstreckungsverfahren

(1) Die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muss mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Artikel 31

Verrechnung von Vorschüssen

Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuss gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuss im Sinne des ersten Satzes.

Artikel 32

Schadenersatz

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von Ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 33 Streitbeilegung

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

ABSCHNITT V ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 34 Übergangsbestimmungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem In-Kraft-Treten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor In-Kraft-Treten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Bei Anwendung des Absatzes 2 gelten vor dem 27. November 1961 im Gebiet der Slowakischen Republik zurückgelegte Versicherungszeiten, die nach den österreichischen Rechtsvorschriften über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland als Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, ausschließlich als österreichische Versicherungszeiten.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem In-Kraft-Treten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(5) Leistungen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, sind auf Antrag des Berechtigten vom In-Kraft-Treten dieses Abkommens an festzustellen. Wird der Antrag binnen zwei Jahren nach dem In-Kraft-Treten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom In-Kraft-Treten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(6) Leistungen, die vor dem In-Kraft-Treten des Abkommens festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

(7) Absatz 6 gilt jedoch nicht in jenen Fällen, in denen in einer nach den slowakischen Rechtsvorschriften festgestellten Leistung im Gebiet der Republik Österreich zurückgelegte Beschäftigungszeiten beitragsfrei als slowakische Versicherungszeiten berücksichtigt wurden und diese Beschäftigungszeiten nach Absatz 5 in einer österreichischen Leistung als österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind. In diesen Fällen ist die slowakische Leistung nach den Bestimmungen dieses Abkommens neu festzustellen. Ist die Summe der so errechneten slowakischen Leistung und der österreichischen Leistung niedriger als die vorher gebührende slowakische Leistung, hat der slowakische Träger die errechnete Leistung um einen entsprechenden Unterschiedsbetrag zu erhöhen.

(8) In den Fällen des Absatzes 7 ist Artikel 31 entsprechend anzuwenden.

Artikel 35 Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt, soweit im Folgenden nichts Anderes bestimmt wird, am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Artikel 11 ist in Bezug auf die nach den slowakischen Rechtsvorschriften versicherten Personen, die ihre Erwerbstätigkeit im Gebiet der Republik Österreich ausüben, und die sie begleitenden Familienangehörigen sowie die im Gebiet der Slowakischen Republik wohnenden Schüler und Studenten frühes-

12

971 der Beilagen

tens ab dem Monatsersten anzuwenden, nach dem die slowakische Seite auf diplomatischem Weg mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für seine Anwendung vorliegen.

(4) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(5) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bratislava, am 21. Dezember 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Herbert Haupt m. p.

Für die Slowakische Republik:

Peter Magvaši m. p.

ZMLUVA

MEDZI RAKÚSKOU REPUBLIKOU A SLOVENSKOU REPUBLIKOU O SOCIÁLNO M ZABEZPEČENÍ

Rakúska republika a Slovenská republika

v snahe upraviť vzájomné vzťahy medzi obidvomi štátmi v oblasti sociálneho zabezpečenia, dohodli sa takto:

Prvá časť

Všeobecné ustanovenia

Článok 1

Definície pojmov

(1) Na účely tejto zmluvy majú nižšie uvedené pojmy tento význam:

- a) „právne predpisy“
zákony, nariadenia a iné všeobecne záväzné právne predpisy, týkajúce sa odvetví sociálneho zabezpečenia uvedené v článku 2 odsek 1;
- b) „príslušný úrad“
vo vzťahu k Rakúskej republike
spolkových ministrov, ktorí zodpovedajú za uplatňovanie právnych predpisov uvedených v článku 2 odsek 1 písm. a);
vo vzťahu k Slovenskej republike
ministerstvá, ktoré zodpovedajú za uplatňovanie právnych predpisov uvedených v článku 2 odsek 1 písm. b);
- c) „nositeľ“
inštitúciu alebo orgán, ktorej patrí vykonávanie právnych predpisov uvedených v článku 2 odsek 1 ako celku alebo ich časti;

- d) „príslušný nositeľ“
nositeľ, u ktorého je osoba poistená v čase podania žiadosti o dávku alebo voči ktorému má alebo by mala nárok na dávku, ak by sa zdržiavala na území zmluvného štátu, v ktorom bola naposledy poistená;
- e) „bydlisko“
miesto obvyklého pobytu;
- f) „pobyt“
prechodný pobyt;
- g) „doby poistenia“
doby platenia príspevkov, doby zamestnania a doby im na roveň postavené, ktoré sa za také považujú podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov;
- h) „peňažná dávka“, „dôchodok“ alebo „penzia“
peňažnú dávku, dôchodok alebo penziu vrátane všetkých ich častí z verejných prostriedkov, všetkých príplatkov, vyrovnávacích príspevkov a prídavkov ako aj kapitálových vyrovnaní a platieb, ktoré sa vyplácajú ako úhrada príspevkov.

(2) Ďalšie pojmy v tejto zmluve majú význam, ktorým im prislúcha podľa príslušných právnych predpisov oboch zmluvných štátov.

Článok 2

Vecný rozsah

- (1) Táto zmluva sa vzťahuje
 - a) na rakúske právne predpisy o
 - 1. nemocenskom poistení,
 - 2. úrazovom poistení,
 - 3. dôchodkovom poistení s výnimkou osobitného poistenia pre notariát,
 - 4. príspevku v nezamestnanosti;
 - b) na slovenské právne predpisy o
 - 1. nemocenskom poistení,
 - 2. zdravotnom poistení,
 - 3. dôchodkovom zabezpečení s výnimkou ustanovení o bezpríspevkovom započítaní doby zamestnania v zahraničí,
 - 4. pracovnoprávných vzťahoch,
 - 5. zamestnanosti.

(2) Táto zmluva sa vzťahuje aj na všetky právne predpisy, ktoré zahŕňajú, menia a dopĺňajú právne predpisy uvedené v odseku 1.

Článok 3

Osobný rozsah

Táto zmluva sa vzťahuje na

- a) osoby, na ktoré sa vzťahujú alebo vzťahovali právne predpisy jedného alebo oboch zmluvných štátov;
- b) iné osoby, ak svoje práva odvodzujú od osôb uvedených v písmene a).

Článok 4

Rovnaké zaobchádzanie

(1) Ak táto zmluva neustanovuje inak, pri uplatňovaní právnych predpisov jedného zmluvného štátu, sú jeho štátni občania postavení na roveň štátnym občanom druhého zmluvného štátu.

(2) Odsek 1 sa nevzťahuje na

- a) právne predpisy oboch zmluvných štátov, ktoré sa týkajú pôsobenia poistencov a zamestnávateľov v orgánoch nositeľov a ich zväzov ako aj pri vykonávaní súdnej právomoci v oblasti sociálneho zabezpečenia;

14

971 der Beilagen

- b) ustanovenia o poistnom bremene v medzištátnych zmluvách zmluvných štátov s inými štátmi;
- c) právne predpisy oboch zmluvných štátov, ktoré sa týkajú poistenia osôb zamestnaných na zastupiteľskom úrade jedného z oboch zmluvných štátov v tretích krajinách alebo u členov takýchto zastupiteľstiev.

(3) Odsek 1 vo vzťahu k rakúskym právnym predpisom o započítavaní dôb zamestnania počas vojny alebo im na roveň postavených dôb platí len pre tých slovenských štátnych občanov, ktorí boli bezprostredne pred 13. marcom 1938 rakúskymi štátnymi občanmi.

Článok 5

Rovnosť území

(1) Ak táto zmluva neustanovuje inak, nesmú sa penzie, dôchodky a iné peňažné dávky s výnimkou dávok v nezamestnanosti, na ktoré je nárok podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu, krátiť, meniť, pozastaviť, odňať alebo zabaviť z dôvodu, že oprávnená osoba má bydlisko na území druhého zmluvného štátu.

(2) Odsek 1 sa nevzťahuje na

- a) vyrovnávací príspevok podľa rakúskych právnych predpisov,
- b) sociálny dôchodok, dôchodok manželky a zvýšenie dôchodku z dôvodu jediného zdroja príjmu, podľa slovenských právnych predpisov.

Druhá časť

Ustanovenie o uplatňovaní právnych predpisov

Článok 6

Všeobecné ustanovenie

(1) Ak sa v článkoch 7 a 8 neustanovuje inak, riadi sa povinnosť poistiť sa u zárobkovo činných osôb právnymi predpismi toho zmluvného štátu, na ktorého území vykonávajú zárobkovú činnosť. Pri vykonávaní závislej zárobkovej činnosti to platí aj vtedy, ak má zamestnávateľ trvalý pobyt alebo sídlo na území druhého zmluvného štátu.

(2) Na štátnych zamestnancov a im na roveň postavené osoby sa vzťahujú právne predpisy toho zmluvného štátu, ktorého sú štátnymi zamestnancami.

Článok 7

Osobitné ustanovenia

(1) Ak je zamestnanec vyslaný podnikom so sídlom na území jedného zmluvného štátu na územie druhého zmluvného štátu, vzťahujú sa na neho až do konca 24 kalendárneho mesiaca iba právne predpisy prvého zmluvného štátu tak, ako keby bol zamestnaný na jeho území.

(2) Ak je zamestnanec leteckej spoločnosti so sídlom na území jedného zmluvného štátu vyslaný na územie druhého zmluvného štátu, potom sa na neho vzťahujú právne predpisy prvého zmluvného štátu tak, ako keby bol zamestnaný na jeho území.

(3) Posádka námornej lode ako aj iné, nie dočasne zamestnané osoby na námornej lodi podliehajú právnym predpisom toho zmluvného štátu, pod vlajkou ktorého sa loď plaví.

Článok 8

Diplomatickí a konzulárni zamestnanci

(1) Na členov diplomatických zastupiteľstiev alebo konzulárnych úradov a na súkromné služobné osoby v službách členov týchto diplomatických zastupiteľstiev alebo konzulárnych úradov, ktorí boli vyslaní na územie druhého zmluvného štátu, sa vzťahujú právne predpisy vysielajúceho zmluvného štátu.

(2) Na zamestnancov uvedených v odseku 1, ktorí nie sú vyslaní na územie druhého štátu, sa vzťahujú právne predpisy toho zmluvného štátu, na ktorého území sú zamestnaní. Ak sú štátnymi občanmi druhého zmluvného štátu, môžu si zvoliť v priebehu troch mesiacov po nástupe do zamestnania, že sa na nich budú vzťahovať právne predpisy druhého zmluvného štátu.

Článok 9

Výnimky

(1) Na žiadosť zamestnanca a jeho zamestnávateľa môžu po vzájomnej dohode príslušné úrady obidvoch zmluvných štátov dohodnúť výnimky z článkov 6 až 8, pričom sa zohľadňujú druh a okolnosti zamestnania.

(2) Ak sa na zamestnanca uvedeného v odseku 1 vzťahujú právne predpisy jedného zmluvného štátu, aj keď zamestnanie vykonáva na území druhého zmluvného štátu, právne predpisy sa použijú tak, akoby zamestnanie vykonával na území prvého zmluvného štátu.

Tretia časť

Osobitné ustanovenia

Prvá kapitola

Choroba a materstvo

Článok 10

Sčítavanie poistných dôb

Ak osoba získala doby poistenia podľa právnych predpisov obidvoch štátov, na účely posúdenia nároku na dávku a na obdobie poskytovania dávky sa tieto doby spočítajú, ak sa neprekrývajú.

Článok 11

Vecné dávky a peňažné dávky

(1) Osoba, ktorá sa pri vykonávaní zárobkovej činnosti zdržiava na území druhého zmluvného štátu a ktorá spĺňa podmienky pre vznik nároku na dávku a jej rodinní príslušníci, ktorí ju sprevádzajú, majú nárok na vecné dávky na ťarchu príslušného nositeľa od nositeľa v mieste pobytu podľa právnych predpisov platných pre tohto nositeľa tak, akoby boli u neho poistení, pokiaľ ich stav vyžaduje okamžité poskytnutie takejto dávky.

(2) V prípade podľa odseku 1 závisí poskytnutie telesných náhrad, väčších pomôcok a iných vecných dávok značného významu od súhlasu príslušného nositeľa. Súhlas nie je potrebný, ak poskytnutie dávky neznesie odklad bez toho, aby sa tým vážne neohrozil život a zdravie postihnutej osoby.

(3) V prípade podľa odseku 1 poskytuje peňažné dávky príslušný nositeľ podľa pre neho platných právnych predpisov.

(4) Odseky 1 až 3 sa primerane použijú aj pre rakúskych poistencov a ich rodinných príslušníkov, ktorí spĺňajú podmienky nevyhnutné pre vznik nároku na dávku podľa rakúskych právnych predpisov a sa zdržujú na území Slovenskej republiky.

(5) Na účely odseku 1 sa za rodinného príslušníka považuje podľa slovenských právnych predpisov manželský partner výživou odkázaný na oprávnenú osobu a nezaopatrené deti do 25. roku veku.

(6) Odsek 1 platí primerane pre osoby, ktoré majú bydlisko na území Slovenskej republiky a sú žiakmi alebo študentmi podľa rakúskych právnych predpisov, ak sa na územie Slovenskej republiky vracajú spravidla denne, najmenej ale jedenkrát týždenne.

Článok 12

Nositeľ v mieste pobytu

Vecné dávky sa poskytujú podľa článku 11 takto:

v Rakúskej republike

územná nemocenská pokladnica príslušná pre miesto pobytu oprávnenej osoby,

v Slovenskej republike

Všeobecná zdravotná poisťovňa alebo inštitúcia, ktorú určia slovenské právne predpisy.

16

971 der Beilagen

Článok 13

Náhrada nákladov

(1) Príslušný nositeľ uhradí nositeľovi, ktorý poskytol vecné dávky podľa článku 11, vynaložené sumy s výnimkou administratívnych nákladov.

(2) Príslušné úrady sa môžu dohodnúť v záujme zjednodušenia administratívnej činnosti na tom, že pre všetky prípady alebo určité skupiny prípadov namiesto jednotlivých vyúčtovaní nákladov použijú paušálne platby.

Druhá kapitola

Pracovné úrazy a choroby z povolania

Článok 14

Choroby z povolania

Ak právne predpisy jedného zmluvného štátu predpokladajú, že dávky za chorobu z povolania sa poskytnú len vtedy, ak sa činnosť, ktorá mohla chorobu spôsobiť, vykonávala určitú minimálnu dobu, potom zohľadní príslušný nositeľ tohto zmluvného štátu, ak to bude potrebné, aj doby vykonávania takejto činnosti, počas ktorej sa na osobu vzťahovali právne predpisy druhého zmluvného štátu.

Článok 15

Odškodnenie chorôb z povolania

(1) Ak by sa malo poskytnúť odškodnenie za chorobu z povolania podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov, potom sa plnenia budú poskytovať s výnimkou dôchodkov v prípade sklerogénnej pneumokoniózy len podľa právnych predpisov toho zmluvného štátu, na ktorého území naposledy oprávnená osoba vykonávala zamestnanie, ktoré mohlo takúto chorobu z povolania spôsobiť, ak oprávnená osoba spĺňa podmienky uvedené v týchto právnych predpisoch.

(2) V prípade sklerogénnej pneumokoniózy poskytne príslušný nositeľ každého zmluvného štátu len tú časť dôchodku, ktorá zodpovedá pomeru dôb poistenia započítavaných podľa článku 17 odsek 1 podľa právnych predpisov tohto zmluvného štátu k celkovej dobe poistenia započítavanej podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov.

(3) Ak poberala alebo poberá osoba, ktorá má chorobu z povolania dávky na ťarchu nositeľa jedného zmluvného štátu a uplatňuje si nárok na dávky v dôsledku zhoršenia choroby z povolania od nositeľa druhého zmluvného štátu, po tom ako vykonávala činnosť podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu, ktorá mohla spôsobiť chorobu z povolania, potom nositeľ prvého zmluvného štátu nesie naďalej náklady na dávky bez zohľadnenia zhoršeného stavu podľa pre neho platných právnych predpisov. Príslušný nositeľ druhého zmluvného štátu poskytne dávky vo výške rozdielu medzi dávkou, na ktorú vznikol oprávnenej osobe nárok po zhoršení zdravotného stavu, a dávkou, na ktorú by mala nárok podľa pre neho platných predpisov pred zhoršením zdravotného stavu, ak by choroba vznikla podľa týchto právnych predpisov.

(4) Poskytovanie dávok podľa Tretej kapitoly zostáva nedotknuté.

Článok 16

Vecné dávky a peňažné dávky

Na osobu, ktorej vznikne nárok na dávku v dôsledku pracovného úrazu alebo choroby z povolania sa primerane použijú ustanovenia článkov 11 až 13.

971 der Beilagen

17

Tretia kapitola

Staroba, invalidita a smrť (dôchodky)

Článok 17

Sčítanie dôb poistenia

(1) Ak podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu vznik, trvanie alebo obnovenie nároku na dávku závisí od získania určitých dôb poistenia, potom príslušný nositeľ tohto zmluvného štátu, ak je to potrebné, započíta doby poistenia získané podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu tak, akoby boli získané podľa ním uplatňovaných právnych predpisov, ak sa neprekrývajú.

(2) Ak podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu poskytovanie určitých dávok závisí od získania určitých dôb poistenia pri vykonávaní určitého povolania, pre ktoré existuje osobitný systém, alebo povolania alebo určitého zamestnania, potom sa doby poistenia získané podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu zohľadnia pri poskytovaní týchto dávok len vtedy, ak boli získané v určitom systéme, pri vykonávaní toho istého povolania alebo toho istého zamestnania.

Článok 18

Doby poistenia kratšie ako jeden rok

(1) Ak doby poistenia, na ktoré sa pri výpočte dávky prihliada podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu, nedosiahnu spolu 12 mesiacov, potom sa podľa týchto právnych predpisov dávka neposkytne. To neplatí, ak podľa týchto právnych predpisov nárok na dávku vzniká len na základe týchto dôb poistenia.

(2) Doby poistenia uvedené v odseku 1 v prvej vete sa nositeľom druhého zmluvného štátu zohľadnia pri posudzovaní vzniku, trvania a obnovenia nároku na dávku a jeho rozsahu tak, ako by to boli doby poistenia získané podľa ním uplatňovaných právnych predpisov.

Prvý diel

Dávky podľa rakúskych právnych predpisov

Článok 19

Určenie nárokov na dávky

Ak si osoba, ktorá získala doby poistenia podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov, alebo jej pozostalí, uplatňuje nárok na dávky, potom je príslušný rakúsky nositeľ povinný podľa rakúskych právnych predpisov zistiť, či má oprávnená osoba nárok na dávku po sčítaní dôb poistenia podľa článku 17 a s prihliadnutím na nasledujúce ustanovenia:

- a) Ak sa podľa rakúskych právnych predpisov predlžuje doba poberania dôchodku o obdobie, počas ktorého musia plynúť doby poistenia, potom sa predlžuje toto obdobie aj o zodpovedajúce doby poberania dôchodku podľa slovenských právnych predpisov.
- b) Doby poistenia vyjadrené v dňoch podľa slovenských právnych predpisov sa prepočítajú na mesiace; pričom 30 dní sa považuje za jeden mesiac, zvyšné dni sa považujú za celý mesiac.

Článok 20

Výpočet výšky dávky

(1) Ak podľa rakúskych právnych predpisov vznikne nárok na dávku aj bez použitia článku 17, príslušný rakúsky nositeľ musí výšku dávky stanoviť výlučne na základe dôb poistenia započítaných podľa rakúskych právnych predpisov.

(2) Ak podľa rakúskych právnych predpisov vzniká nárok na dávku len s použitím článku 17, príslušný rakúsky nositeľ musí výšku dávky stanoviť výlučne na základe dôb poistenia započítaných podľa rakúskych právnych predpisov s prihliadnutím na nasledujúce ustanovenia:

- a) Dávky alebo časti dávok, ktorých suma nie je závislá na získanej dobe poistenia, sa určia v pomere dôb poistenia k 30 rokom, zohľadňovaných pri výpočte dávky podľa rakúskych právnych predpisov, maximálne však až do výšky plnej sumy.
- b) Ak sa pri výpočte dávok v invalidite alebo pre pozostalých zohľadňujú doby po vzniku poistnej udalosti, potom sa tieto doby berú do úvahy len v pomere dôb zohľadňovaných pri výpočte výšky dávky podľa rakúskych právnych predpisov k dvom tretinám celých kalendárnych mesiacov po dovŕšení 16. roku veku oprávnenej osoby až po vznik poistnej udalosti, maximálne však v plnom rozsahu.
- c) Písmeno a) sa nevzťahuje
 1. na dávky z pripoistenia
 2. na dávky alebo časti dávok závislých od príjmov, ktorých účelom je zabezpečenie minimálneho príjmu.

Druhý diel

Dávky podľa slovenských právnych predpisov

Článok 21

Určenie nárokov na dávky a výpočet dávky

(1) Ak podľa slovenských právnych predpisov vznikne osobe alebo jej pozostalým nárok na dávku len za dobu poistenia získanú podľa slovenských právnych predpisov, slovenský nositeľ vymeria takúto dávku bez ohľadu na dĺžku doby poistenia získanú podľa rakúskych právnych predpisov.

(2) Ak podľa slovenských právnych predpisov vznikne osobe alebo jej pozostalým nárok na dávku len s prihliadnutím na doby poistenia získané podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov, určí sa dávka nasledovným spôsobom:

- a) Slovenský nositeľ najprv zistí, či podľa jeho právnych predpisov spĺňa príslušná osoba s prihliadnutím na súčet dôb poistenia podmienky nároku na dávku.
- b) Ak vznikol nárok na dávku podľa písm. a), vypočíta slovenský nositeľ najprv teoretickú sumu dávky, ktorá by osobe patrila, keby sa všetky doby poistenia získané podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov zohľadnili podľa slovenských právnych predpisov.
- c) Na základe teoretickej sumy dávky vymeria nositeľ dávku v sume zodpovedajúcej pomeru medzi skutočne získanou dobou poistenia podľa slovenských právnych predpisov a celkovými dobami poistenia získanými podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov.

(3) Ak slovenský nositeľ môže vypočítať sumu dávky len s prihliadnutím na doby poistenia získané podľa slovenských právnych predpisov, nepoužije ustanovenie odseku 2.

(4) Priemerný mesačný zárobok, ktorý je potrebný na určenie výšky dôchodku sa vypočíta podľa slovenských právnych predpisov.

(5) Ak sa poberateľovi dávky zo slovenského dôchodkového zabezpečenia vypláca súčasne dávka iného druhu z rakúskeho dôchodkového poistenia alebo podľa iných rakúskych vnútroštátnych zákonov, zníženie dávky vyplácanej zo slovenského dôchodkového zabezpečenia sa z dôvodu súbehu nevykoná.

Štvrtá kapitola

Nezamestnanosť

Článok 22

Sčítanie dôb poistenia

(1) Doby poistenia získané podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu sa zohľadňujú pri posudzovaní nároku na dávky v nezamestnanosti podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu, ak nezamestnaný v zmluvnom štáte, v ktorom si uplatňuje nárok na takúto dávku, za posledných 12 mesiacov pred podaním žiadosti o túto dávku bol celkovo najmenej 26 týždňov poistený ako zamestnanec bez porušenia predpisov o zamestnávaní cudzincov.

(2) Podmienka minimálneho pracovného pomeru v dĺžke 26 týždňov, ktorá je stanovená v odseku 1, sa nevzťahuje na nezamestnaných, ktorým bolo prisľúbené zamestnanie na dlhšiu dobu, ich pracovný pomer sa však skončil skôr ako po 26 týždňoch bez ich vlastného zavinenia, alebo ktorí sú štátnymi občanmi toho zmluvného štátu, v ktorom požiadali o priznanie dávky.

Článok 23

Doba poberania dávky

Doba poberania dávky sa skrúti o čas, počas ktorého nezamestnaný poberal v druhom zmluvnom štáte v priebehu posledných dvanástich mesiacov pred dňom podania žiadosti dávku v nezamestnanosti.

Štvrtá časť

Všeobecné ustanovenia

Článok 24

Úlohy príslušných úradov, administratívna pomoc a právna pomoc

- (1) Príslušné úrady upravujú vo Vykonávacej dohode potrebné administratívne opatrenia.
- (2) Príslušné úrady oboch zmluvných štátov sa budú navzájom informovať o
 - a) všetkých opatreniach prijatých na účely vykonávania tejto zmluvy;
 - b) všetkých zmenách ich právnych predpisov dotýkajúcich sa vykonávania tejto zmluvy.
- (3) Pri vykonávaní tejto zmluvy si budú úrady a nositelia zmluvných štátov vzájomne pomáhať a konať tak, ako pri vykonávaní svojich vlastných právnych predpisov. Táto pomoc je bezplatná.
- (4) Nositelia a úrady zmluvných štátov na účely vykonávania tejto zmluvy sa môžu priamo kontaktovať medzi sebou ako aj so zúčastnenými osobami alebo ich zástupcami.
- (5) Nositelia a úrady zmluvného štátu nemôžu odmietajú im predložené žiadosti a iné písomnosti z toho dôvodu, že sú vyhotovené v štátnom jazyku druhého zmluvného štátu.
- (6) Lekárske vyšetrenia, ktoré sa vykonávajú len podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu a týkajú sa osôb, ktoré sa zdržujú na území druhého zmluvného štátu alebo tam majú svoje bydlisko, vykonáva na žiadosť príslušného nositeľa na jeho náklady nositeľ v mieste pobytu alebo bydliska. Ak sa lekárske vyšetrenia vykonávajú podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov, vykoná ich nositeľ v mieste pobytu alebo bydliska príslušnej osoby na svoje náklady.
- (7) Na právnu pomoc súdov sa vzťahujú predpisy platné pre právnu pomoc v občiansko-právnych záležitostiach.

Článok 25

Kontaktné miesta

Príslušné úrady zriedia kontaktné miesta na účely uľahčenia vykonávania tejto zmluvy, a to predovšetkým na účely zabezpečenia jednoduchého a rýchleho kontaktu medzi nositeľmi oboch zmluvných štátov.

Článok 26

Poplatky a overovanie

- (1) Každé oslobodenie od daní, kolkov, súdnych poplatkov a registračných poplatkov za predkladané písomnosti alebo listiny alebo ich zníženie, ktoré sú stanovené právnymi predpismi jedného zmluvného štátu sa vzťahuje aj na príslušné písomnosti a dokumenty, ktoré sa predkladajú pri vykonávaní tejto zmluvy alebo pri vykonávaní právnych predpisov druhého zmluvného štátu.
- (2) Listiny, doklady a písomnosti akéhokolvek druhu, ktoré sa musia predložiť pri vykonávaní tejto zmluvy, si nevyžadujú overenie.

Článok 27

Ochrana údajov

(1) Ak sa na základe tejto zmluvy alebo Vykonávacej dohody sprostredkovávajú medzi úradmi alebo nositeľmi obidvoch zmluvných štátov osobné údaje, potom sa na sprostredkovávanie týchto údajov vzťahuje právna ochrana údajov poskytujúceho štátu. Na každé ďalšie postúpenie ako aj na ukladanie na pamäťové médium, zmenu a vymazávanie týchto údajov prijímajúcim štátom sa vzťahujú právne predpisy o ochrane údajov prijímajúceho štátu. Prijímajúci štát je pritom povinný usilovať sa o to, aby v zásade zabezpečil takú úroveň ochrany, ktorá v konkrétnom prípade zodpovedá úrovni ochrany používanej v poskytujúcom štáte.

(2) Použitie osobných údajov na iné účely ako na účely sociálneho zabezpečenia je prípustné len so súhlasom dotknutej osoby.

Článok 28

Podávanie písomností

(1) Žiadosti, vyhlásenia alebo opravné prostriedky, ktoré sa podávajú v súlade s touto zmluvou alebo právnymi predpismi jedného zmluvného štátu, úradom, nositeľom alebo iným príslušným inštitúciám jedného zmluvného štátu, sa považujú za žiadosti, vyhlásenia alebo opravné prostriedky, ktoré boli podané úradu, nositeľovi alebo inej príslušnej inštitúcii druhého zmluvného štátu.

(2) Žiadosť o dávku podaná podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu sa považuje aj za žiadosť o zodpovedajúcu dávku podľa právnych predpisov druhého štátu, ktorá prichádza do úvahy podľa tejto zmluvy; to neplatí, ak žiadateľ výslovne požiada, aby sa vymeranie dávky pri dosiahnutí veku určeného právnymi predpismi jedného zmluvného štátu odložilo.

(3) Žiadosti, vyhlásenia alebo opravné prostriedky, ktoré sa musia podať podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu úradu, nositeľovi alebo inej príslušnej inštitúcii tohto zmluvného štátu v určitej lehote, možno v tej istej lehote podať na príslušnom mieste druhého zmluvného štátu.

(4) Žiadosti, vyhlásenia alebo opravné prostriedky v prípadoch uvedených v odsekoch 1 až 3 postúpi bezodkladne miesto, ktoré ich prijalo, buď priamo alebo prostredníctvom kontaktných miest zmluvných štátov, príslušnému miestu druhého zmluvného štátu.

Článok 29

Platobný styk

(1) Nositelia poskytujúci dávky podľa tejto zmluvy ich môžu poskytovať oprávneným osobám v druhom zmluvnom štáte s oslobodzujúcim účinkom vo vnútroštátne platnej mene.

(2) Úhrady nákladov vykonávané podľa tejto zmluvy sa uskutočňujú v peňažnej mene toho zmluvného štátu, v ktorom má sídlo nositeľ, ktorý dávky poskytol.

(3) Prevody platieb podľa tejto zmluvy sa vykonávajú v súlade s príslušnými platobnými dohodami platnými medzi obidvomi zmluvnými štátmi v čase prevodu.

Článok 30

Výkon rozhodnutí

(1) Vykonateľné rozhodnutia vydané nositeľmi alebo inými úradmi jedného zmluvného štátu týkajúce sa príspevkov a iných pohľadávok zo sociálneho zabezpečenia, ako aj platobné výmery na dlžné poisťné (listiny) sa uznávajú v druhom zmluvnom štáte.

(2) Uznanie možno odoprieť, len ak by to odporovalo verejnému poriadku toho zmluvného štátu, v ktorom má byť rozhodnutie alebo dokument uznaný.

(3) Vykonateľné rozhodnutia a listiny uznané podľa odseku 1 sa vykonávajú v druhom zmluvnom štáte. Konanie o výkon rozhodnutia sa riadi právnymi predpismi, ktoré platia v zmluvnom štáte, na území ktorého majú byť vykonané zodpovedajúce rozhodnutia vydané na vykonanie v tomto štáte. Vyhotovenie rozhodnutia alebo listiny musí byť opatrené doložkou vykonateľnosti.

Článok 31

Vyúčtovanie zálohových platieb

Ak vyplatil nositeľ jedného zmluvného štátu zálohu na dávku, potom môže zadržať doplatok príslušnej dávky za rovnaké obdobie, na ktorý vznikol nárok podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu. Ak nositeľ jedného zmluvného štátu za dobu, za ktorú má nositeľ druhého zmluvného štátu poskytnúť dodatočne zodpovedajúcu dávku, a túto poskytol vo vyššej sume než aká patrila, potom sa považuje suma prekračujúca túto dávku až do výšky doplácanej sumy za zálohu v zmysle prvej vety.

Článok 32

Náhrada škody

(1) Ak má osoba, ktorá má podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu dostať plnenie za škodu, ktorá vznikla na území druhého zmluvného štátu podľa jeho právnych predpisov, nárok voči tretej osobe na náhradu škody, potom prechádza tento nárok na náhradu na nositeľa prvého zmluvného štátu podľa pre neho platných právnych predpisov; druhý zmluvný štát tento prechod nároku na náhradu škody uzná.

(2) Ak nároky na náhradu škody týkajúce sa dávok rovnakého druhu z toho istého škodového prípadu patria podľa odseku 1 tak nositeľovi jedného zmluvného štátu, ako aj nositeľovi druhého zmluvného štátu, môže tretia osoba nároky obidvoch nositeľov uspokojiť s oslobodzujúcim účinkom platbou jednému alebo druhému nositeľovi. Nositelia sú vo vnútornom vzťahu povinní sa vzájomne vyrovnáť v pomere nimi poskytovaného plnenia.

Článok 33

Riešenie sporov

Spory medzi obidvoma zmluvnými štátmi týkajúce sa výkladu alebo vykonávania tejto zmluvy riešia, ak je to možné, príslušné úrady zmluvných štátov.

Piata časť

Prechodné a záverečné ustanovenia

Článok 34

Prechodné ustanovenie

(1) Táto zmluva nezakladá žiadny nárok na dávky za obdobie pred nadobudnutím jej platnosti.

(2) Na určenie nároku na dávku podľa tejto zmluvy sa zohľadnia aj tie doby poistenia, ktoré boli získané podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu pred nadobudnutím platnosti tejto zmluvy.

(3) Pri použití odseku 2 sa doby poistenia získané na území Slovenskej republiky pred 27. novembrom 1961 považujú podľa rakúskych právnych predpisov o nárokoch na dávku a čakateľstve v dôchodkovom poistení na základe zamestnania v zahraničí, výlučne za rakúske doby poistenia.

(4) Táto zmluva sa vzťahuje aj na poistné prípady, ktoré vznikli pred nadobudnutím jej platnosti, ak sa už skôr vymerané nároky nevyrovnali kapitálovými platbami, pričom odsek 1 zostáva nedotknutý.

(5) Dávky, na ktoré vznikol nárok podľa tejto zmluvy sa vymerajú na žiadosť oprávnenej osoby po nadobudnutí platnosti zmluvy. Ak bude žiadosť podaná do dvoch rokov po nadobudnutí platnosti tejto zmluvy, potom sa dávky poskytnú dňom nadobudnutia jej platnosti, inak odo dňa, ktorý určia právne predpisy každého z oboch zmluvných štátov.

(6) Dávky vymerané pred nadobudnutím platnosti tejto zmluvy, sa znova nevymerajú.

(7) Odsek 6 sa nevzťahuje na prípady, v ktorých sa pri vymeraní dávky podľa slovenských právnych predpisov zohľadnili bezpríspevkové doby zamestnania na území Rakúskej republiky ako slovenské doby poistenia a tieto doby zamestnania sa pri vymeraní rakúskej dávky podľa odseku 5 zohľadnia ako rakúske doby poistenia. V týchto prípadoch sa musí slovenská dávka znova vymerať podľa ustanovení tejto zmluvy. Ak je súčet takto vypočítanej slovenskej dávky a rakúskej dávky nižší ako predtým vymeraná

22

971 der Beilagen

slovenská dávka, potom je slovenský nositeľ povinný vypočítanú dávku zvýšiť o sumu zodpovedajúcu tomuto rozdielu.

(8) V prípadoch uvedených v odseku 7 sa primerane použije článok 31.

Článok 35

Doba platnosti

(1) Táto zmluva podlieha ratifikácii; ratifikačné listiny budú vymenené čo najskôr vo Viedni.

(2) Táto zmluva nadobúda platnosť prvým dňom tretieho mesiaca po dni výmeny ratifikačných listín.

(3) Článok 11 sa vzťahuje na osoby poistené v podľa slovenských právnych predpisov, ktoré na území Rakúskej republiky vykonávajú zárobkovú činnosť a na ich rodinných príslušníkov, ktorí ich sprevádzajú, ako aj na žiakov a študentov majúcich bydlisko na území Slovenskej republiky najskôr od toho prvého kalendárneho dňa v mesiaci, ktorý nasleduje po dátume, kedy slovenská strana diplomatickou cestou oznámila, že splnila vnútroštátne legislatívne podmienky pre jeho vykonávanie.

(4) Táto zmluva sa uzaviera na dobu neurčitú. Každý zmluvný štát môže zmluvu písomne vypovedať diplomatickou cestou v lehote najneskôr do troch mesiacov pred koncom kalendárneho roka.

(5) V prípade vypovedania zmluvy naďalej zostanú v platnosti ustanovenia pre už nadobudnuté nároky.

NA ZNAK SÚHLASU splnomocnenci oboch zmluvných štátov podpísali túto zmluvu a opatрили pečatami.

DANÉ v Bratislave dňa 21. decembra 2001 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v nemeckom a slovenskom jazyku, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za Rakúsku republiku:

Herbert Haupt m. p.

Za Slovenskú republiku:

Peter Magvaši m. p.